



An den Grossen Rat

20.5408.02

Petitionskommission
Basel, 19. Januar 2021

Kommissionsbeschluss vom 18. Januar 2021

Petition P422 betreffend „Bäume pflanzen – JETZT!“

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat P422 „Bäume pflanzen – JETZT!“ in seiner Sitzung vom 11. November 2020 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

1. Wortlaut der Petition P422¹

Umsetzung des vorhandenen „Leitbild Strassenbäume“ (12/2015, Planungsamt Basel-Stadt) und konsequente Entsiegelung von Allmendfläche

Seit einigen Jahren sind die Veränderungen des Klimas auch für Skeptiker des Klimawandels spürbar. Wissenschaftler sind sich seit Jahrzehnten einig und mahnen konsequente Massnahmen zum Klima- und Umweltschutz an. Auch die politisch Verantwortlichen werden seit Jahren auf die Notwendigkeit des Handelns aufmerksam gemacht. Mittlerweile reagiert und mobilisiert die Jugend weltweit, auch die Stadt Basel hat den Klimanotstand ausgerufen. Aber was heisst das?

Es ist Zeit, dass konkrete Massnahmen ergriffen werden, die zeigen, dass die Politik den Ernst der Lage erkannt hat und bereit ist zu handeln.

Bereits auf dem im Jahr 2012 in Basel durchgeführten Kongress der IFPRA (International Federation of Park and Recreation Administration) prognostizierten Klimaexperten für Basel-Stadt in naher Zukunft römische Klimaverhältnisse. Dies bedeutet deutliche Auswirkungen auf die Vegetation und den (noch) wunderbaren Baumbestand in Basel-Stadt. Viele einheimische Bäume werden der zukünftig zu erwartenden Hitze und Trockenheit nicht mehr standhalten können. Die beiden letzten Sommer 2018 und 2019 haben den Bäumen sehr zugesetzt. Mittlerweile sieht man viele kranke, sterbende und tote Bäume in Basel-Stadt. Die Zeichen sind alarmierend und auch für Laien wahrnehmbar. «Die Stadtgärtnerei stellt fest, dass die Bäume der Stadt Spuren des Sommers 2018 aufweisen und auf die seither anhaltende Trockenheit im Boden empfindlich reagieren» (*Medienmitteilung BVD, 17.06.2019*).

Nebst der Vegetation leiden auch die Stadtbewohner an heissen Tagen zunehmend unter den aufgeheizten Asphalt- und Betonflächen. Schattenspendende Bäume und Grünflächen können das Wohlbefinden in den Hitzeperioden durch Verdunstungskälte deutlich erhöhen und einen wichtigen Beitrag für ein besseres Stadtklima leisten.

¹ Petition P 422 „Bäume pflanzen – JETZT“, Geschäfts-Nr. 20.5408.01.

Die Unterzeichner*innen fordern vom Grossen Rat und vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, Sofortmassnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas umzusetzen.

1. Baumpflanzungen an sämtlichen im vorhandenen Leitbild Strassenbäume ausgewiesenen potentiellen Standorten als Sofortmassnahme
2. Konsequente Entsiegelung von (unnötig) asphaltierten Allmendflächen
3. Vergrösserung der Baumrabatten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der vorhandenen Stadtbäume

Die Allmend erhält so wieder höhere Aufenthaltsqualitäten, die Bäume und Pflanzen bessere Lebensbedingungen und die Menschen freuen sich und sehen, dass im direkten Umfeld positive Veränderungen in Anbetracht der globalen Klimakrise möglich sind.

2. Abklärungen der Petitionskommission

2.1 Hearing vom 23. November 2020

Am Hearing der Petitionskommission nahmen zwei Vertreter der Petentschaft sowie der Leiter der Stadtgärtnerei und der Leiter des Planungsamtes als Vertretung des Bau- und Verkehrsdepartements teil.

2.1.1 Das Anliegen der Vertretenden der Petentschaft

Bei der Petentschaft handelt es sich um ein parteiunabhängiges Komitee aus befreundeten Familien, das im September 2019 damit begonnen hat, Unterschriften zu sammeln. Die beiden Vertreter betonen, dass es sich nicht um das Anliegen einer Randgruppe handle. Sie seien bei der Unterschriftensammlung auf grosses Interesse und Rückhalt in der Bevölkerung gestossen. Am Ende sei es ihnen gelungen 2'600 Unterschriften zu sammeln. Es ginge ihnen darum, eine lebenswerte Stadt zu bekommen. Sie fühlten sich in Basel sehr wohl, aber es gebe noch Potential gegen oben. Der Petitionstext «Bäume pflanzen JETZT» möge zunächst recht lapidar tönen, die Hintergründe seien es allerdings nicht. Es sei bekannt, dass sich die Schweiz schneller erwärme als andere Länder in Europa. Die Schweiz habe bereits das Mittel von zwei Grad plus im Durchschnitt erreicht. Die Hitzeinseln (*urban heat islands*) in den Städten seien ein bekanntes Phänomen. Städte heizten sich aufgrund des Asphalts und der Gebäudemassen stark auf. Möglichkeiten zur Abkühlung, wie sie in ländlichen Gegenden existierten, seien nicht gegeben.

In der Veröffentlichung «Hitze in Städten»² des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) würden Prognosen für die nächsten Jahre gemacht. Bis 2060 werde es in der Schweiz deutlich heisser, insbesondere in Ballungszentren wie Basel. Bis 2100 habe man berechnet, dass es eine markante Temperaturzunahme gebe, insbesondere der Hitzetage im Sommer. Es werde zunehmend Tropennächte geben, wo die Temperatur nicht unter 20 Grad absänke. Dies ginge zu Lasten der Gesundheit der Stadtbewohner*innen, wie die erhöhten Sterberaten der Hitzewellen im Sommer 2003, 2015 und 2018 beweise. Die Forderungen der Petentschaft gingen genau in die gleiche Richtung wie jene, die in «Hitze in Städten» genannt werden. In diesem Zusammenhang zitieren die beiden Vertreter drei Planungsgrundsätze aus der Publikation, die Klimaanpassungen in Siedlungen begünstigen sollen:

- 1) «Grünflächen sind *Cool Spots!*» Sie würden kühlend wirken, was man merke, wenn man an einem Hitzetag an einem Park vorbeigehe.
- 2) «Stadtbäume zeigen *grosse Wirkung*.» Bäume hätten einen sehr positiven Effekt, weil sie Verdunstungskälte abgeben, Flächen verschatteten und durch das Blattwerk eine lärmdämmende sowie luftreinigende Wirkung haben.
- 3) «Entsiegelung *bringt Kühle*.» Durch die entsiegelnden Flächen dringe mehr Feuchtigkeit in

² «Hitze in den Städten. Grundlage für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung», Bundesamt für Umwelt (2018); <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/publikationen-studien/publikationen/hitze-in-staedten.html>

den Boden ein. Bei den erwartenden geringeren Niederschlägen sei dies sinnvoll.

Die Stadt Basel habe den Klimanotstand ausgerufen. Sie hätten sich gefragt, wo die Massnahmen seien, die zeigen würden, dass auch wirklich etwas gemacht würde. Man spüre dazu bisher nichts. Das «Leitbild Strassenbäume»³ zeige, dass das Planungsamt untersucht hätte, an welchen Strassenzügen es grundsätzlich möglich wäre, Baumpflanzungen vorzunehmen. Die Dringlichkeit Massnahmen zu ergreifen, werde Jahr für Jahr spürbarer. Auf der Klimakarte 2030 sehe man, was man in zehn Jahren erwarten könne. An der Hegenheimerstrasse z. B. könne man eine deutliche Zunahme der Temperatur erkennen. Die Petentschaft zeigt sich zudem über die Massnahmen, die in einem Wohnumfeld wie der Türkheimerstrasse getroffen würden, erstaunt. Es gebe dort zwar zwei Bäume, es wirke aber ansonsten komplett asphaltiert. Die Prognose zeige jedoch, dass es in diesem Gebiet sehr heiss werde. Sie interessierten sich dafür, ob man dort nicht mehr tun könnte. Schliesslich gehe es zehn bis zwanzig Jahre bis Bäume ihre positive Wirkung entfalten könnten. An der Spitalstrasse mit dem neuen Biozentrum sehe es zwar nicht so drastisch aus. Beim Biozentrum habe es ein paar Baumpflanzungen gegeben, aber man müsse davon ausgehen, dass so ein Gebäude viel Hitze speichere, weil es aus Beton und von Asphalt umgeben ist. Der Vogesenplatz hingegen sei in zehn Jahren als sehr rot auf der Karte verzeichnet. In Bezug auf die Gestaltung stelle sich die Frage, ob dort nicht stärker auf die Möglichkeiten geachtet werden müsste, diesen anders auszubilden

Sie stellten die folgenden Forderungen an den Regierungsrat und den Grossen Rat:

- 1) Baumpflanzungen an sämtlichen im vorhandenen «Leitbild Strassenbäume» ausgewiesenen potentiellen Standorten als Sofortmassnahme (unter dem Vorbehalt, dass es sicher noch mehr mögliche Standorte in der Stadt gebe),
- 2) die konsequente Entsiegelung von (unnötig) asphaltierten Allmendflächen (Es stelle sich die Frage, warum nicht Flächen ausprobiert würden, die mehr Feuchtigkeit in den Boden eindringen liessen und ermöglichten, dass Wasser verdunste, um einen kühlenden Effekt zu erzielen) und
- 3) die Vergrösserung der Baumrabbatten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der vorhandenen Stadtbäume (Der Baumbestand sei z. T. krank. Etwas stimme nicht, wenn die Bäume im Kannenfeldpark bereits im Juli oder August die Blätter abwerfen. Sie gingen davon, dass die Bäume einen gewissen Raum bräuchten, um überhaupt gedeihen zu können).

Viele ihrer Kinder und Freund*innen hätten mitgesammelt. Die banale Forderung «Bäume pflanzen JETZT» verstehe jedes Kind, da es den Effekt von Bäumen in der Stadt nachvollziehen könne.

Sie hätten die Petition gemacht, weil sie den Eindruck hätten, dass mehr gemacht werden müsste. Wenn die Stadt Basel den Klimanotstand ausruft, müssten auch Taten folgen, die zeigten, dass man die Dringlichkeit erkannt habe und ernstnehme. Sie plädierten für eine Verschiebung der Schwerpunkte und einen Paradigmenwechsel – und zwar nicht erst in fünfzig Jahren, wenn der Sanierungsdruck da sei. Angesichts der globalen Klimakrise würden sich viele Leute ohnmächtig fühlen. Bäume zu pflanzen wäre aus ihrer Sicht eine Massnahme, die zeigen würde, dass die Stadt es verstanden habe und sie die bestehenden Spielräume nützen würde – auch wenn es viele Konflikte gebe und es nicht an jeder Stelle möglich sein werde.

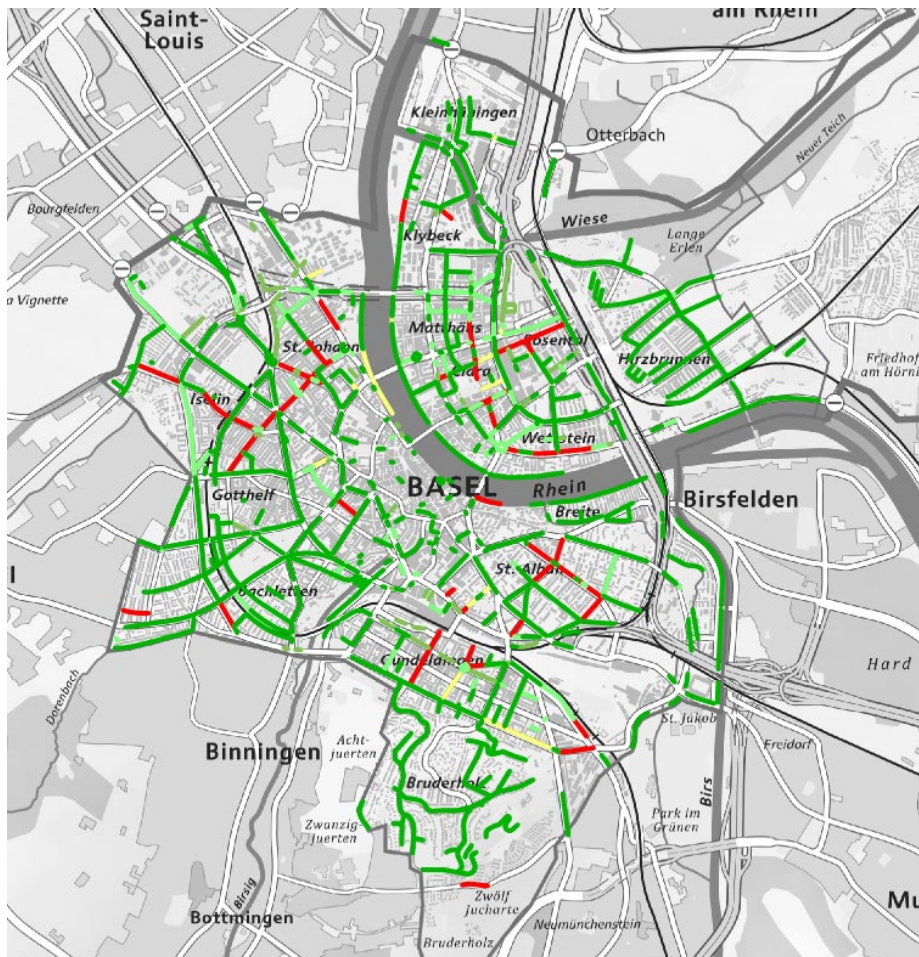
Es würde ein positives Signal gegenüber der Bevölkerung setzen. Den globalen Klimawandel könne die Stadt nicht lösen, aber ihren Teil dazu beitragen. Indem die Politik der Verwaltung klar sage, dass dies umgesetzt werden soll, nehme sie eine Vorbildrolle ein. Viele würden wegen der fortschrittlichen Verkehrspolitik nach Kopenhagen pilgern. Auch Barcelona und Paris würden Massnahmen ergreifen, die dem Ernst der Lage Rechnung tragen. Basel könnte dies auch. In anderen Bereichen wie Kultur und Architektur nehme Basel bereits eine Vorreiterrolle ein. Warum nicht auch im Bereich der Umwelt?

³ «Leitbild Strassenbäume», Planungsamt Basel-Stadt, <https://www.planungsamt.bs.ch/planungsgrundlagen-konzepte/weitere-plaene/alleenplan.html>

2.1.2 Argumente der Vertreter des Bau- und Verkehrsdepartements

Der Leiter des Planungsamtes erwähnt zunächst, dass sie am Bericht «Hitze in Städten» des Bundesamtes für Umwelt mitgewirkt hätten. Die Stadtklimaanalyse⁴ von Basel-Stadt zeige, wo die am stärksten überhitzten Bereiche innerhalb des Stadtkörpers seien. Es sei nicht nur eine Bestandsaufnahme, sondern auch eine Prognose für das Jahr 2030. Derzeit arbeiteten sie am sogenannten Stadtklimakonzept. Dabei ginge es um die Anpassung an den Klimawandel in der Stadtentwicklung. Als Ausgangspunkt diene der Massnahmenkatalog, der in «Hitze in Städten» aufgelistet sei. Massnahmen wie mehr Grün, mehr Schatten und mehr Wasser in der Stadt seien dort Thema. Ihr beauftragtes Büro breche in Begleitung einer grossen Arbeitsgruppe aus der Verwaltung diese Massnahme auf Basel herunter und ermittle, welche Massnahmen die richtigen für die Stadt seien. Man sei schon recht weit fortgeschritten. Das Pflanzen von Bäumen sei eine der erfolgversprechendsten Massnahmen, was nicht überrasche: Bäume geben Schatten und sie verdunsteten Wasser, was zur bereits erwähnten Verdunstungskälte führe.

Der Leiter des Planungsamtes bezieht sich ebenfalls auf das vorgängig erwähnte «Leitbild Strassenbäume» aus dem Jahr 1979, das auf einem Vorstoss von Prof. M. H. Burckhardt basiert. Damals sei es darum gegangen, die bestehenden Baumalleen in den Strassen zu ergänzen und in Hinblick auf die Aufenthaltsqualität und aus gestalterischen Überlegungen heraus ein Netz aus Strassenbäumen zu installieren.



«Leitbild Strassenbäume», Geoportal (30.11.2020)

Warum mache man dies nicht sofort überall dort, wo es im «Leitbild Strassenbäume» vorgesehen sei? Es sei der Grundsatz, dass bei Arbeiten im Strassenraum dort Veränderungen angebracht würden, wo die Erhaltungsplanung dies vorgebe, respektive die Infrastruktur altersbedingt ersetzt

⁴ «Stadtklimaanalyse Kanton Basel-Stadt 2019. Grundlagen, Methoden, Ergebnisse», Lufthygieneamt beider Basel (2019), https://map.geo.bs.ch/file_proxy/KL_Stadtklima_Windstroemungsfeld/Endbericht_Basel_Klimaanalyse_Rev09_ohne_Anhang.pdf

werden müsse. Dort werde die Verwaltung mit einer allfälligen Umgestaltung tätig, was einen Kostenhintergrund habe. Es sei am kostengünstigsten, wenn man Umgestaltungen und Änderungen dann mache, wenn sie fällig würden. Die Infrastrukturerhaltung der verschiedenen Werke versuche man aufeinander abzustimmen. Dies bedeute, dass man nicht dort mit der Umgestaltung anfangen, wo es aus Klimaanpassungsgründen am sinnvollsten wäre, sondern dort, wo es die Infrastruktur vorgebe. Wenn man nun aber, wie es die Petition fordert, den Fokus auf die Dringlichkeit der Pflanzung von Bäumen lege, müsste man von diesem Paradigma abweichen. Für die Politik wäre dies eine Änderung der bisherigen Haltung. Die Erhaltungsplanung gebe derzeit vor, wo Umgestaltungen fällig seien – und somit neue Bäume gesetzt würden, weil Baumpflanzung nicht nur an der Oberfläche, sondern sehr häufig auch im Untergrund Änderungen erforderten (so müssten z. B. Leitungen verlegt werden, um am Baumstandort, Platz für den Wurzelraum zu ermöglichen), würde dies eine Wertevernichtung bedeuten. Noch leistungsfähige Infrastruktur würde frühzeitig verändert, obwohl dies vom Erhaltungsgrund her noch nicht nötig wäre.

Das «Leitbild Strassenbäume» sei sehr langfristig angelegt. Bisher seien knapp 50% der damals ausgewiesenen Strassenräume realisiert worden. Bei rund 40% sei es noch offen (rote Strassenzüge) – dort sei die Infrastruktur seit 1982 noch nicht erneuert worden – und ca. 10% (gelbe Strassenzüge) hätten als «nicht realisierbar» bewertet werden müssen. Dieser Entscheid basiere jeweils auf einer Interessenabwägung. An der Bruderholzstrasse z. B. seien keine Bäume realisierbar, weil es dort Tramschienen habe und ein Bedarf an Parkplätzen bestehe. Es hänge von der situativen Abwägung ab, wie stark der Parkier-Druck sei, respektive wie stark sich die Anwohnenden oder die Politik für Parkplätze respektive Bäume einsetzten. Letztlich handle es sich um eine politische Diskussion. Das Planungsamt sei nur ausführend. Es dauere noch, bis alle Strassenzüge gemäss dem 1982 entstandenen Leitbild an der Reihe gewesen seien. Eine Strasse halte nach einem Neubau ca. fünfzig Jahre. Nach dieser Logik müsste es 2030 soweit sein.

Beim Stadtklimakonzept bestände hingegen eine andere Ausgangslage. Erstens sei vom Grossen Rat der Klimanotstand beschlossen worden und zweitens könne man sich auf Daten zu den städtischen Wärmeinseln und auf die letztes Jahr fertiggewordene Stadtklimaanalyse beziehen. Voraussetzung sei, dass Investitionen nicht nur zur Erhaltung der Infrastruktur getätigt würden, sondern auch die Überhitzung eines Stadtraums ein Auslöser für die Änderung des Strassenraums sein könnte. Man müsse aber beachten, dass die Hitzebelastung im Sommer in der Stadt nicht überall gleich sei und nicht überall gleich viele Menschen davon betroffen seien. Gleichermassen gebe es auch nicht überall gleich wenig Grün. Es sei Teil des Konzepts «Hot Spots» zu eruieren und herauszufinden, was für konkrete Investitionen nötig wären, um Anpassungen im Strassenraum im Sinne der Klimaanpassung zu machen. Dies gehe allerdings nicht von heute auf morgen, da viel Infrastruktur damit verbunden sei. Sie rechneten damit, dass das Stadtklimakonzept Anfang nächsten Jahres veröffentlicht werde. Dieses sei in weiten Teilen im Sinn dieser Petition. Trotz Klimanotstand sei man aber mit der politischen Realität konfrontiert. Bei jedem konkreten Projekt im Strassenraum werde der Kampf um die begrenzte Ressource «Raum» politisch neu ausgefochten (z. B. Grün vs. Parkplätze, Tram vs. Velo vs. Fussgänger etc.). Zuerst erfolge eine fachliche Auslegeordnung über das Optimum und dann werde es in der UVEK intensiv diskutiert. Ausserdem zu erwähnen seien die grossen Areale, wie die Erlenmatt, wo sich heute ein Wohngebiet mit grossen Parkflächen befände. Ähnliches habe man an vielen Orten in der Stadt vor: Volta Nord, Klybeck Plus und am Hafen. Mittel- bis langfristig werde diese Entwicklung auch zu mehr Grünflächen bei gleichzeitig mehr Wohn- und Arbeitsfläche führen. Im Volta Nord seien sie nun nach der Volksabstimmung an der Ausarbeitung des zweiten Bebauungsplans, der in der regierungsrätlichen Kompetenz liege. Dort würde das Mittel der grünen Baulinie eingeführt. Es gebe dann gewisse Abschnitte, wo Mauern und Hauswände begrünt werden müssen.

Der Leiter der Stadtgärtnerei ergänzt, dass aufgrund des Planwerks zum «Leitbild Strassenbäume» in den letzten dreissig Jahren bald 2000 Bäume im Strassenraum gepflanzt worden seien und zwar an Orten, wo es vorher nie einen Baum gegeben habe. Der Alleenplan sei ein langfristig angelegtes Erfolgsmodell. Zusätzlich sei sehr viel in den übrigen Grün- und Freiräumen passiert. In Parkanlagen sei der Baumbestand z. B. gesteigert worden. Im Gebiet des Walkewegs werde es zudem wesentlich mehr Bäume gebe, als zurzeit der Freizeitengärten. Insgesamt sei die Grünfläche zwar kleiner geworden, eine Konzentration der Fläche bedeute aber oft am ehesten Möglichkeiten für

Bäume.

Man müsse allerdings sehen, dass die Entscheidung für einen Baum mit der jahrzehntelangen Verpflichtung einhergehe, zu einem Lebewesen zu schauen – dies schliesse neben der Pflege und Begleitung auch die Bereitstellung des Lebensraums mit ein. Im Strassenraum seien die Voraussetzungen wesentlich weniger gut als z. B. in Parkanlagen, wo ein Baum über Jahrzehnte garantiert in Ruhe gelassen werde. Man müsse ehrlicherweise sagen, dass die Haltbarkeitszeit von Bäumen im städtischen Raum immer kürzer werde. Sie müssten daher, dass beinahe Unmögliche schaffen, nämlich Bäume im Strassenraum zu pflanzen, die innerhalb von kürzester Zeit einen Baum darstellten. Es gebe wenige Pflanzen, die dazu fähig seien. Als Beispiel nennt er die vier Lederhülsenbäume am Barfüsserplatz auf der Höhe des Café Huguenin. Diese Baumgattung geniere innerhalb von kurzer Zeit viel Volumen, sie würde allerdings nicht alt. Dies werde der Weg sein, den man zukünftig beschreiten werde. An Standorten, die nicht lange unverändert blieben, werde man eher mit solchen Pflanzen arbeiten. Der Einsatz von verschiedenen Pflanzen für den entsprechenden Standort basiere auf dem entsprechenden Fachwissen. Die Stadtgärtnerei versuche nach bestem Wissen und Gewissen jene Pflanzen auszuwählen, die gemäss den Prognosen den sich verändernden klimatischen Bedingungen standhielten. Man orientiere sich heute an einer Pflanzensammensetzung aus Südeuropa, vorwiegend aus dem Balkan und der iberischen Halbinsel.

Bei der Entsiegelung handle es sich um eine ständige Aufgabe. Wenn sich für eine Fläche die Nutzungsbestellung ändere, könne die Versiegelung sofort rückgängig gemacht und eher mit chaussierten oder Wasser gebundenen Oberflächen reagieren werden. Bei den Voltamatten z. B. hätten sie eine relativ grosse Fläche asphaltiert in der Meinung, dass die Kinder und Jugendlichen die Fläche mit Rollspielen nutzen würden. Dies geschehe aber nicht in dem Ausmass, wie Flächen zur Verfügung gestellt worden seien. Die Flächen würden nun zu einem beachtlichen Teil wieder zurückgebaut und wohl wieder chaussiert, bzw. ausgepflanzt.

Wann immer Raum für Gebüsche und Sträucher geschaffen werde, werde zugleich der Bevölkerung Raum zum Aufenthalt weggenommen. Man bewege sich in einem Spannungsfeld. Aktuell gebe es eine Interpellation von Michelle Lachenmeier betreffend die Umgestaltung der Rhein-Promenade (Geschäftsnummer: 20.5420.01).

Umweltüberlegungen kämen heute eine ganz andere Dringlichkeit und Brisanz zu. Der Wunsch nach zusätzlichen Bäumen würden sie bei der Stadtgärtnerei selbstverständlich auch spüren. Mit ihrem Anliegen würde die Petentschaft offene Türen bei ihnen einrennen. Gerne würden sie sofort helfen, dieses umzusetzen. Im Strassenraum brauche es allerdings eine Gewichtung der Nutzung. Der Baum sei dort das trügste Element, er brauche Zeit bis er den entsprechenden Platz in Anspruch genommen habe. In der Zwischenzeit würden sich die Bedürfnisse des Organismus «Stadt» eventuell verändern. Als Beispiel nennt er die Umrüstung auf Glasfaserkabeln. Diese Entwicklung habe man vor dreissig Jahren bspw. nicht voraussehen können.

Die Petentschaft habe mit ihrem Anliegen die Zeichen der Zeit erkannt. Die Stadtgärtnerei versuche nachzuziehen. Es möge sein, dass dies gemessen am Druck der Veränderung zu langsam erscheine. Sie müssten schauen, wie sie die Erwartungen mit den gegebenen Ressourcen erfüllen könnten. Wo immer sich die Gelegenheit böte, einem Baum Platz zu verschaffen, versuche man dies zu machen

3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Petitionskommission ist sich einig, dass es sich beim Anliegen der Petentschaft angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise um ein Thema mit grosser Relevanz handelt.

Die Kommission kann das Argument von Seiten der Verwaltung grundsätzlich nachvollziehen, dass es kostengünstiger sei, noch funktionsfähige Infrastruktur zu erhalten. Angesichts des sich erwärmenden Stadtklimas wünscht sich die Kommission allerdings, dass die Regierung dem Thema «mehr Bäume in der Stadt zu pflanzen» noch mehr Relevanz zubilligt und Baumpflanzungen beschleunigt. Dem Parlament sollen bspw. bei der Besprechung von Bebauungsplänen oder Strassenumgestaltungen verschiedene Varianten vorgelegt werden – insbesondere auch solche, die

das vorliegende Petikum förderten. Die Kommission weist in diesem Zusammenhang zudem daraufhin, dass die flächendeckende Realisierung des Glasfasernetzes wohl auch Restwertvernichtung von bestehender Infrastruktur zur Folge gehabt hatte. Sie interessiert sich dafür, ob dies bei der Pflanzung von Bäumen aufgrund der höheren Belastung durch die Klimakrise nicht auch möglich sei.

Die Kommission wünscht sich ausführlichere Informationen zur gängigen Praxis bei der Anlegung von Baumrabatten und bei der Entsiegelung von asphaltierten Allmendflächen. Zusätzlich bittet sie die Regierung um Antworten zu folgenden Fragen:

- 1) Gibt es in der Verwaltung Ideen dazu, wie man einen Paradigmenwechsel vom Fokus auf die Restwertigkeit der Infrastruktur hin zur beschleunigten Klimaanpassung vollziehen könnte?
 - a) Was würde dies konkret bedeuten?
 - b) Wie könnte man einen solchen Prozess aufgrund der Dringlichkeit der Klimakrise schneller vorantreiben, respektive welche Massnahmen könnte man zwischenzeitlich einführen?
- 2) Ist es eine Vorgabe des Bau- und Verkehrsdepartements die Stadt grüner zu machen?
- 3) Welche Möglichkeiten gibt es, um den Strassenraum grüner zu gestalten, ohne bspw. den Boden aufreissen oder grössere Umgestaltungen an der bestehenden Infrastruktur vornehmen zu müssen? Welche Pflanzen würden sich dafür besonders eignen?
- 4) Was sind die Gründe für die weiss gekennzeichneten Strassen auf dem «Leitbild Strassenbäume»? Warum wurden sie nicht in die Analyse einbezogen?

4. Antrag

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 7 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung, die vorliegende Petition der Regierung zur Stellungnahme innert 12 Monaten zu überweisen.

Im Namen der Petitionskommission



Tonja Zürcher
Kommissionspräsidentin